

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **June Tomiak (GRÜNE)**

vom 12. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Januar 2021)

zum Thema:

Desinformationskampagne zur Covid-19 Pandemie

und **Antwort** vom 03. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Feb. 2021)

Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung
- Krisenstab -

Frau Abgeordnete June Tomiak (GRÜNE)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26217

vom 12. Januar 2021

über Desinformationskampagne zur Covid-19 Pandemie

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Sind im Kontext der Covid-19 Pandemie Flugblätter, Sticker, Plakate oder ähnliches mit Inhalten der Leugnung oder Verharmlosung der Pandemie, Aufrufen zum Widerstand gegen die Infektionsschutzmaßnahmen, Verbreitung von Falschinformationen zur Covid-19 Impfung oder ähnlichen Inhalts innerhalb Berlins aufgetaucht? Falls ja, bitte Urheber*innen, Verteilungsgebiet und den Zeitraum des Auffindens darstellen.
2. Ist dem Senat eine Verbreitung von Flyern durch eine der folgenden Gruppen bekannt? „Freiheitsboten“, „Ärzte für Aufklärung“, „Eltern stehen auf“ oder „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.“. Falls ja, bitte Verteilungsgebiet und den Zeitraum des Auffindens darstellen.

Zu 1. und 2.:

In verschiedenen Bezirken wurden spätestens ab August 2020 Flugblätter, Sticker und Plakate von Leugnern oder Verharmlosern der Pandemie im öffentlichen Raum und/oder in Briefkästen verteilt. Im Bereich Köpenick wurden und werden im Rahmen einer Daueranmeldung (seit 21. September 2020) Kundgebungen zum Thema „Meinungskundgebung zum medizinischen Hintergrund von Corona. Aufklärung der Bevölkerung mit dem Ziel, Ängste zu nehmen“ durchgeführt. Hierbei wurden Flyer ausgelegt, die vorrangig den Bereich der Gesundheitsvorsorge durch heilpraktische Anwendungen betreffen. Daneben wurden auch Flyer zum Thema „Pandemie durch Covid19“ verteilt. Diese wurden von der Polizei Berlin vor Ort geprüft; sie enthielten keine strafrechtlich relevanten Inhalte.

Am 16. September 2020 ging in der Polizei Berlin ein Hinweis zu Postwurfsendungen in Briefkästen von Bewohnenden in Spandau (Siemensstadt) ein. Der Flyer wurde von der Polizei Berlin auf seinen Inhalt geprüft. Als Aussteller waren die „Ärzte für Aufklärung“ angegeben. Dem Flugblatt zum Thema „Zwang zur Impfung droht“ und „Echte Pandemie – Fake Pandemie“ war kein strafbarer Inhalt zu entnehmen.

Bei vier Veranstaltungen (1. Dezember 2020, 7. Januar 2021, 14. Januar 2021 und 21. Januar 2021) der dem coronakritischen Spektrum zugehörigen „Schwarzen Wahrheit“ im Bereich Schöneberg kam es vereinzelt zur Verteilung von Flugblättern. Deren Inhalt war strafrechtlich nicht relevant.

3. Ist dem Senat ein ungefährender Umfang des Phänomens bekannt? Falls ja, bitte darlegen.

Zu 3.:

Dazu kann vom Senat keine valide Einschätzung abgegeben werden.

4. Ist dem Senat bekannt, ob solche (wie in 1 aufgeführten Materialien) insbesondere oder schwerpunktmäßig an Orten wie Schulen, Kitas, Pflegeheimen oder Krankenhäusern verteilt oder aufgefunden wurden?

Zu 4.:

Dazu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

5. Wie schätzt der Senat die Gefahr ein, die von solchen analogen Desinformationskampagnen ausgeht? Vor allem in Hinblick auf besonders zu schützende Gruppen wie ältere Menschen, Familien & Mitarbeiter*innen von Kitas & Schulen. Bitte ausführen.

Zu 5.:

Hierzu kann seitens des Senats keine Aussage getroffen werden.

6. In Brandenburg wurden vor kurzem zahlreiche Flugblätter verteilt, die Falschinformationen über die Covid-19 Impfung und die Pandemie verbreiteten. Ist dem Senat bekannt, ob eben jene Flyer auch in Berlin verteilt wurden? Bitte ausführen.?

Zu 6.:

Dazu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

7. Ist dem Senat eine Verbindung zwischen der Desinformationskampagne in Brandenburg & früher oder aktuell verteilten Materialien in Berlin bekannt? Gibt es einen länderübergreifenden Wissensaustausch & wird hier mit Brandenburg gemeinsam vorgegangen?

Zu 7.:

Weder dem Senat noch dem Vorstand der Charité sind etwaige Verbindungen bekannt. Kenntnis von einem länderübergreifenden Wissensaustausch mit Brandenburg liegt nicht vor.

8. Wird der Senat im Kontext der Corona-Schutz-Impfungen eine eigene Informationskampagne starten oder die vom Bund berlingspezifisch ergänzen, um zahlreiche Menschen auch abseits der digitalen Medien zu erreichen? Bitte den derzeitigen Planungsstand darlegen.

Zu 8.:

Zurzeit ist keine berlinspezifische Informationskampagne geplant. Personen, denen aktuell eine Impfung angeboten werden kann, erhalten ein Einladungsschreiben. Sobald Personengruppen in weiteren Prioritätsstufen ein Impfangebot gemacht werden kann, werden diese zu gegebener Zeit öffentlich aufgefordert, online oder telefonisch einen Impftermin zu buchen.

Berlin, den 03. Februar 2021

In Vertretung

Martin Matz
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung